

Impulsvortrag: Demokratie und Teilhabe für alle Generationen

Dr. Markus Marquard

10. Internationales Partnertreffen der Danube Networkers
10. Juli 2026 · Edwin-Scharff-Haus, Neu-Ulm

Redaktioneller Hinweis: Diese Fassung wurde auf Grundlage eines automatisch erzeugten Transkripts sprachlich korrigiert und geglättet. Offensichtliche Erkennungsfehler wurden sinngemäß berichtigt; technische Zwischenrufe, reine Wiederholungen und organisatorische Unterbrechungen wurden entfernt. Der inhaltliche Aussagegehalt wurde beibehalten.

Guten Morgen. Ich möchte heute über Demokratie und Teilhabe für alle Generationen sprechen. Das ist ein wichtiger Teil unseres Mottos „Demokratie braucht uns alle“. Mein Beitrag gliedert sich in drei Themen: erstens die Krise der Demokratie, zweitens die formalen Strukturen, die eine demokratische Staatsform schützen, und drittens demokratische Bildung sowie gelebte Demokratie als Impuls für unsere Diskussionen und Workshops.

Am Ende des vergangenen Jahrhunderts entstand die Vorstellung, nun beginne ein Zeitalter der Demokratie. Mit dem vermeintlichen „Ende der Geschichte“ schienen Liberalität und Freiheit weltweit zur Norm zu werden. Es gab die Vision eines gemeinsamen europäischen Hauses. West- und Osteuropa rückten näher zusammen, Deutschland feierte die Wiedervereinigung und die Europäische Union wuchs. Auch die Entstehung der Danube Networkers und unser heutiges Zusammenkommen sind Ergebnisse dieser Entwicklung.

Spätestens seit 2014 und in aller Deutlichkeit seit 2022 wissen wir jedoch, dass der Krieg nach Europa zurückgekehrt und die Demokratie in eine Krise geraten ist. Unsere Zeit ist von tiefgreifenden Transformationen und gesellschaftlichem Wandel geprägt.

Ein Beispiel ist der demografische Wandel: Die Zahl älterer Menschen steigt, während die Zahl junger Menschen sinkt. Das belastet soziale Sicherungssysteme und verschärft den Fachkräftemangel. Häufig wird dabei von einem Konflikt der Generationen gesprochen.

Ein weiteres Thema sind der Klimawandel und die damit verbundene Angst vor der Zukunft. Diese Sorge betrifft nicht nur junge, sondern auch viele ältere Menschen. Hinzu kommen Digitalisierung, soziale Medien und künstliche Intelligenz. Sie eröffnen große Chancen für Demokratie und Teilhabe, wie wir heute etwa bei der Übersetzung erleben. Gleichzeitig bergen sie Risiken der Ausgrenzung – für ältere Menschen, für Menschen mit geringem Einkommen und für alle, die digitale Anwendungen nicht nutzen können.

Digitalisierung kann zudem soziale Blasen verstärken. Menschen begegnen immer seltener Personen, die anders denken als sie selbst. Künstliche Intelligenz kann dieses Problem weiter verschärfen; welche Folgen sie langfristig haben wird, wissen wir noch nicht.

Auch die soziale Ungleichheit nimmt zu. Es gibt immer mehr sehr reiche und immer mehr arme Menschen. Ungleichheit betrifft nicht nur das Alter, sondern ebenso Geschlecht, Herkunft und andere Dimensionen von Vielfalt. Überschneiden sich mehrere Benachteiligungen, verstärken sie einander.

Diese Entwicklungen fördern emotionale Polarisierung, gesellschaftliche Spaltung und den Verlust von Vertrauen – in andere Menschen, in den Staat und in demokratische Systeme. Populisten und

Demagogen gewinnen an Einfluss. Wir müssen deshalb fragen: Wie lässt sich Vertrauen in unserer Gesellschaft wiederherstellen?

Themen wie Klima, Generationenverhältnisse, Migration und Flucht werden in der öffentlichen Debatte stark polarisiert. Befragt man Menschen jedoch differenziert nach ihren Einstellungen, zeigt sich oft ein breiterer gesellschaftlicher Konsens, als öffentliche und mediale Debatten vermuten lassen. Ein Teil der Polarisierung ist somit verstärkt oder „virtuell“. Zugleich dürfen wir nicht unterschätzen, dass rechtsextreme und antidemokratische Einstellungen weiter verbreitet sind, als viele glauben. Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt dies für Deutschland; ich bin überzeugt, dass es sich um ein gesamteuropäisches Problem handelt.

Frieden und Demokratie stehen von innen und von außen unter Druck. Was brauchen wir, um Demokratie zu schützen? Demokratie ist zunächst eine Staatsform. Sie braucht verlässliche formale Strukturen. Demokratie geht vom Volk aus. Die bekannte Formel lautet: Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk.

Zu den Grundprinzipien gehören Gewaltenteilung und Machtbegrenzung, Rechtsstaatlichkeit, freie Wahlen und Abstimmungen, direkte und repräsentative Formen der Mitwirkung, Pluralismus, Meinungsfreiheit und Vielfalt. Von besonderer Bedeutung ist die Freiheit der Medien sowie eine Öffentlichkeit, in der Argumente offen ausgetauscht werden können.

Diese Öffentlichkeit befindet sich jedoch in einem tiefen Strukturwandel. Polarisierung, fragmentierte Wahrnehmung und ein wachsendes Misstrauen gegenüber Medien werden durch soziale Netzwerke und das Internet verstärkt. Gleichzeitig benötigen wir wirksamen Minderheitenschutz. Freiheit bedeutet immer auch die Freiheit der Andersdenkenden.

Formale Strukturen allein genügen nicht. Wir brauchen demokratische und politische Bildung sowie Demokratie im Alltag. Diese Konferenz und das Netzwerk der Danube Networkers sind dafür gute Beispiele. Politische Bildung darf sich nicht auf die Schule beschränken. Sie wird überall und für alle Altersgruppen benötigt.

Demokratische Bildung darf nicht manipulieren und keine Propaganda betreiben. Sie muss anerkennen, dass Menschen unterschiedliche Interessen und Perspektiven haben, und diese ernst nehmen. Es muss möglich sein, dass alle beteiligt und einbezogen werden und sich zugehörig fühlen.

Wir sollten den alten Aufruf „Mehr Demokratie wagen“ neu mit Leben füllen. Demokratie muss in der Familie, in der Schule, in der Nachbarschaft, in Vereinen und an vielen weiteren Orten des Alltags erfahrbar sein. Sie braucht sogenannte dritte Orte: die lokale Gaststätte ebenso wie das Ehrenamt, kulturelle Einrichtungen, Begegnungszentren und zivilgesellschaftliche Initiativen.

Demokratie zu lernen und im Alltag zu leben, schließt Zivilcourage ein: für andere einzustehen, auch wenn es keinen persönlichen Vorteil bringt oder sogar Schwierigkeiten verursacht. Wir müssen Polarisierung und der Spaltung unserer Gesellschaft entgegenwirken. Dafür brauchen wir überzeugende Erzählungen über Toleranz, Vielfalt, Minderheitenschutz und Solidarität in einer vielfältigen Gesellschaft.

Wir brauchen eine Streit- und Debattenkultur, die offenes und kritisches Denken ermöglicht. Demokratie und Teilhabe kennen keine Altersgrenzen. Junge und ältere Menschen müssen miteinander und voneinander lernen. Wir müssen Räume schaffen, in denen Menschen zuhören und sprechen können, Ungleichheiten abbauen, solidarisch handeln und einander stärken.

Durch solche Erfahrungen wächst Selbstwirksamkeit – die Überzeugung, das eigene Leben und unsere gemeinsame Demokratie mitgestalten zu können. Dafür benötigen zivilgesellschaftliche Organisationen mehr Unterstützung, Ressourcen und öffentliche Förderung.

Demokratie braucht uns alle. Das bedeutet: Demokratie und Teilhabe aller Menschen, Engagement durch alle Menschen und eine demokratische Gesellschaft, die für alle Menschen da ist.

Vielen Dank.